



Union bietet Mithilfe bei Gaspreisbremse an

Kommission hat viele Vorschläge der Union aufgegriffen - Koalition hat über den Sommer Zeit verdröckelt

Unionsfraktionschef Friedrich Merz hat der Koalition seine Bereitschaft signalisiert, bei der raschen Ausgestaltung einer Gaspreisbremse konstruktiv mitzuwirken. Die Expertenkommission habe viele Vorschläge der CDU/CSU aufgegriffen, um Haushalte und Unternehmen zu entlasten.

„Wir haben die Vorschläge der Gas-Kommission mit Interesse zur Kenntnis genommen“, sagte Merz. Die Kommission unter Leitung der Wirtschaftsweisen Veronika Grimm hatte am Montag ihre Vorschläge vorgelegt. Danach sollen Gas- und Fernwärmekunden im Dezember mit einer Einmalzahlung von ihren enorm gestiegenen Kosten entlastet werden. Ab März soll dann ein Preisdeckel für den Grundverbrauch an Gas und Fernwärme greifen.

„Wenn diese Vorschläge in Gesetze gefasst werden, sind wir bereit – wie immer – auch schnell Lösungen mit zu ermöglichen, die dann umgesetzt werden können“, kündigte Merz an. Er bemängelte erneut, dass die Koalition über den Sommer wertvolle Zeit verdröckelt habe, statt solche Lösungen zu erarbeiten. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt meldete Zweifel an, dass die geplante Einmalzahlung im Dezember



Mit der Vorsitzenden des Europaausschusses des georgischen Parlaments, Maka Bochorishvili, sprach Josef Rief als Vorsitzender des Deutsch-Georgischen Forums in dieser Woche über eine Intensivierung der Beziehungen beider Länder.

den Bürgern und den kleinen Unternehmen ausreichend Luft verschaffe. Wenn die Gaspreisbremse erst im März greife, dann bleibe die gesamte Winterheizperiode unberücksichtigt.

Um die Energiepreise zu senken, braucht es eine Verbreiterung des Stromangebots. Merz fordert daher, die drei noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke über die Jahresfrist hinaus laufen zu lassen. „Der alleinige Streckbetrieb reicht nicht“, betonte der Frakti-

Seite 2

Wirtschaftsjunioren im Bundestag

In dieser Woche begleitet Wirtschaftsjunior Dr. Robin Hirt aus Karlsruhe Josef Rief bei seiner Arbeit im Bundestag. Dr. Hirt leitet ein IT-Unternehmen, das KI-gestützte Lösungen für die Industrie entwickelt. Das Wirtschaftsjunioren-Programm sorgt für einen Austausch der Politik mit jungen Führungskräften, die für eine Woche in den Bundestag nach Berlin kommen. Rief und Hirt waren sich einig, dass ein Austausch zwischen Politik und Wirtschaft dringend notwendig ist, um die Innovationskraft des Landes auch in Zukunft zu erhalten bleibt. Größtes Problem sei derzeit aber der akute Fachkräftemangel. ■



Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



Fortsetzung von Seite 1

onschef. Es müssten jetzt neue Brennstäbe bestellt werden, damit die Kraftwerke mindestens zwei Jahre län-

ger laufen könnten. Damit könne auch der CO2-Ausstoß gesenkt werden. ■

Haushaltsberatungen zum Agrarhaushalt Cem Özdemir bleibt Antworten zur ausreichenden Finanzierung von mehr Tierwohl schuldig

Wie viel Geld wird den Bundesministerien zur Erfüllung ihrer Aufgaben für das kommende Jahr zur Verfügung gestellt? Darüber berät aktuell der Haushaltsausschuss des Bundestages.

Josef Rief, zuständig für den Agrarhaushalt, zeigt sich unzufrieden: „Unsere Landwirte stehen vor großen Herausforderungen, nicht erst seit der aktuellen Krise. Die Ampel zeigt mit ihrem Haushaltsentwurf, dass sie nicht in unsere heimische Landwirtschaft investieren will. So bleibt zum Beispiel der Zuschuss zur Unfallversicherung weiter reduziert, was für die Bauern 18% höhere Beiträge in der Berufsgenossenschaft bedeutet. Die Unionsfraktion fordert daher mit einem eigenen Antrag die Anhebung des Zuschusses auf das Niveau der Vorjahre.

Das Projekt Tierwohl durch Stallmodernisierung, was dem grünen Landwirtschaftsminister nach eigener Aussage sehr wichtig ist, erfordert nach soliden Berechnungen 10 Milliarden Euro Bundesgeld. Die Ampel stellt aber nur unzureichende 150 Mio. Euro für 2023 zur Verfügung, die zudem auch für erhöhte Kosten für das Aufziehen von Schweinen nach Tierwohl-Standard genutzt werden sollen. Damit ist das Vorhaben gleich zum Scheitern verurteilt“, ärgert sich der heimische

Bundestagsabgeordnete.

„Unsere Bäuerinnen und Bauern wollen den Wandel. Er muss aber auch wirtschaftlich leistbar sein. Ich habe in der Diskussion Bundesminister Özdemir aufgefordert, endlich zu sagen, wie er das Ganze denn umsetzen wolle. Viele Anträge auf Förderung des Stallumbaus werden ins Leere laufen, weil im Topf nichts mehr drin ist. Ein so gering ausgestattetes Programm erzeugt mehr Frust als Lust auf den Höfen. Wer einen Porsche fahren will, muss ihn auch bezahlen. Das ist beim Tierwohl nicht anders. Wenn immer mehr Betriebe aufgeben und wir unsere Lebensmittel nicht mehr selbst produzieren, werden unsere Supermärkte mit Waren aus dem Ausland, bei Schweinefleisch gegenwärtig schon aus Spanien, bestückt. Soweit darf es nicht kommen

Direktvermarkter und Biobetriebe, die aktuell unter Umsatzeinbußen von bis zu 50% leiden, wollten wir mit einem 100 Mio.-Euro-Liquiditätsprogramm unterstützen. Dies wurde mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP im Ausschuss ebenso abgelehnt wie eine Erhöhung der Mittel für die ländliche Entwicklung, Nachwachsende Rohstoffe und eine Ausweitung der Nationalen Notfallreserve, was angesichts des Krieges dringend notwendig wäre. Insgesamt ist der von der Bundesregierung vorgelegte Haushalt nicht ausreichend finanziert und soll in den kommenden Jahren sogar weiter absinken. Die Ampel steht für unsere Bäuerinnen und Bauern ganz klar auf Rot.“ ■

Ausstellung zum Gedenkjahr der Wiedergutmachung: „70 Jahre Luxemburger Abkommen“ von Lasha Kartsivadze, Praktikant aus Georgien

Im Paul-Löbe-Haus leuchteten neun moderne Würfel, welche das Leben von Auschwitz-Überlebenden zeigen. Sie beleuchteten gleichsam die dunkle Seite der deutsch-israelischen Geschichte und geben uns Auskunft zum Luxemburger Abkommen. „Sieben Jahre nach dem Ende des Holocaust setzten sich die Bundesrepublik Deutschland, der Staat Israel und die Conference on Jewish Material Claims Against Germany zusammen und verhandelten das Unmögliche. Nach zähem Ringen schlossen diese drei Parteien im September 1952 in Luxemburg ein Abkommen, das historisch ein Meilenstein war. Es war der Beginn, sich der Herausforderung zu stellen, den Nöten der überlebenden Menschen zu begegnen und sie abzumildern“, so der



Begleittext. Informiert wird über die materiellen Ansprüche Israels und die Übernahme von Verantwortung durch Deutschland. Die Opfer dürfen nie in Vergessenheit geraten. ■